

Rechtsextremismus ist keine demokratische Alternative

Jugendliche wählen ab 18. Wir in den Jugendverbänden wünschen uns natürlich, dass Wählen bereits ab 16 möglich ist, um die demokratischen Rechte so früh wie möglich zu praktizieren. Wir meinen sogar, dass von einer vorgezogenen Wahlbeteiligung ein Demokratieschub für die Gesellschaft ausgehen könnte.

Wir in den Jugendverbänden sind alarmiert, wenn Erstwählerinnen und Erstwähler auch für menschenrechtsfeindliche Ideen offen sind und rechtsextremen Parteien ihre Stimmen geben. Junge Wähler können den Einfluss rechtsextremer Parteien aber auch zurückdrängen, wenn ihr Stimmenpotenzial in die Waagschale demokratischer Parteien geworfen wird. Jugendverbände gehen mit diesem Ziel an den Start. „Junge Wählerstimmen“ haben es also in der Hand, durch ihr Engagement und eine hohe Wahlbeteiligung das Gewicht rechtsextremer Parteien erheblich zu schwächen.

Jugendliche sind mit ihrer Kritik und in vielen Diskussionen gegen alle demokratiefeindlichen Tendenzen aktiv. In Jugendgruppen wird trainiert, sich mit rechtsextremen Angeboten als Gefahr für die eigene Zukunft auseinanderzusetzen. Jugendliche lernen, „rechte“ Modestyle, „rechtslastige“ Symbole und Musik zu entschlüsseln und zu erkennen, wenn Rechtsextreme bei getarnten Musikfesten und Geburtstagen gegen die Demokratie und Minderheiten hetzen. Rechtsextreme Gruppen sprechen insbesondere frustrierte Jugendliche an, die auf der Suche nach Antworten sind. Jugendliche sind eben auch an einfachen Erklärungen, sozialer Hilfe, gemeinschaftsbildenden Erlebnissen oder auch provozierenden Kleidungs-codes interessiert.

Jugendliche sind durch rechte Angebote erlebter Kameradschaft, mit aggressiven Schulungen und bei heimeligen Sport- und Freizeitlagern nur allzu schnell faszinierbar. Auf Schulhöfen machen rechtsextreme CD's die Runde.

Die demokratisch engagierte Jugendverbandsarbeit ist hier mit ihren Alternativen zur Partizipation als gelebter Demokratie im Alltag gefordert. Rechtsextreme provozieren mit massenhaften Auftritten von jungen Leuten. Neonazis demonstrieren in gleichförmigen Poweraufmärschen mit brutalen Zeichen und Codes, verbotener Musik sowie rechtsorientiertem Identifikationsoutfit und Modemarken wie Lonsdale und Pitbull.

Rechtsextremismus forciert immer wieder menschenverachtende Bilder, z.B. durch Hakenkreuzschmierereien, fremdenfeindliche Witze, umgestürzte Grabsteine auf jüdischen Friedhöfen und die Leugnung des Holocaust. Rechtsextremisten wollen Jugendliche mit ihrem Hass und ihrer Verachtung von Anderen durch Gewalt, Rassismus und Antisemitismus vergiften. Extremismus gefährdet das demokratische Miteinander mit tausenden als rechtsextrem eingestuften Straftaten. Während in der Öffentlichkeit Rechtsextremismus noch viel zu häufig als harmlos und normal betrachtet wird, sind z.B. ehrenamtliche Jugendleiter in den Jugendverbänden ent-

setzt, wenn rechtsextremistische Akteure gewalttätig und menschenfeindlich im Alltag agieren. Jugendliche in Jugendverbänden diskutieren diese Entwicklung mit Politikern kritisch und laden zur Auseinandersetzung ein, wo Jugendarbeit spannende Gemeinschaftsangebote macht und zeigt, wie jugendpolitische Interessenvertretung gegen rechtsextreme Tendenzen wirksam ist.

Jugendverbände fragen mit der Politik, wie rechtsextreme Tendenzen dennoch immer wieder „nachwachsen“, während Jugendliche in der Demokratie Respekt und Freiheit erleben. Die Zusage der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ bleibt deshalb umso mehr für Jugendverbände eine eindeutige Verpflichtung und zugleich eine Herausforderung, wo es heißt: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen“.

Die Wahl rechtsextremer Parteien - eine gefährliche Sackgasse

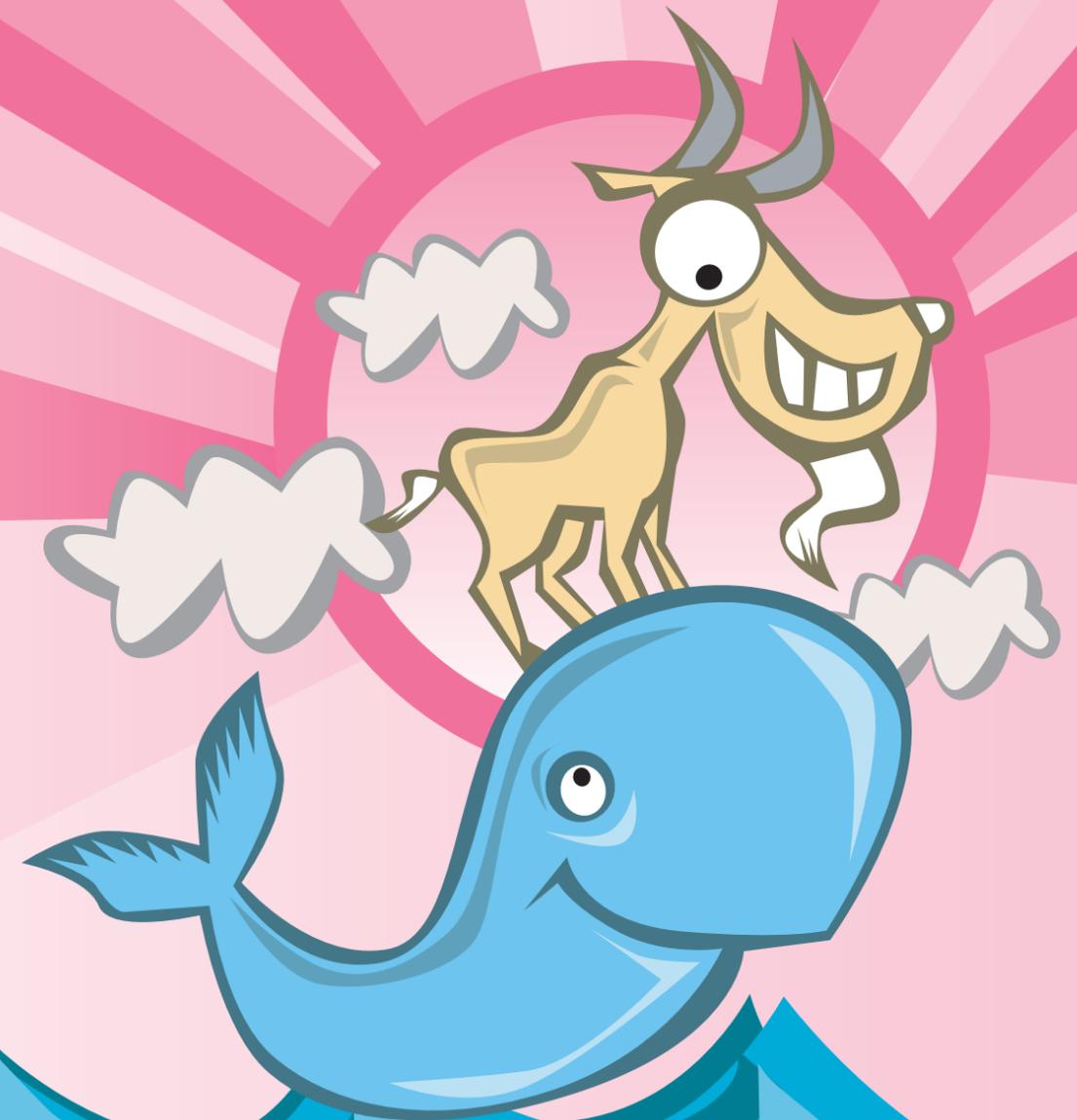
Rechtsextreme Parteien wie die NPD zeigen die Welt ganz einfach: Gut und Böse stehen für ihr völkisches und rassistisches Weltbild. Das Schema heißt: „Deutschland zuerst“.

Die Idealisierung der eigenen Gruppe aber setzt die Abwertung anderer voraus. Abgewertet werden Ausländer und andere Gruppen unserer Gesellschaft, beispielsweise Homosexuelle, Obdachlose und Linke, deren Lebensstile nicht den Idealvorstellungen des „starken Deutschen“ entsprechen. Diese Weltsicht bedeutet das Ende der Individualität und der Besonderheiten eines jeden Menschen.

Die rassistische Ideologie geht von einer biologischen Wertigkeit verschiedener Gruppen aus. Dazu zählt auch das Frauenbild rechter Parteien. Dieses basiert auf der Ansicht, dass die traditionell unterschiedlichen Rollen von Mann und Frau auf einer „natürlichen Ungleichheit“ beruhen und

entsprechend aufrechtzuerhalten sind. Die Frau soll sich so wieder auf ihre Rolle als Ehefrau und Mutter konzentrieren.

Untersuchungen rechter Ideologien haben ferner gezeigt, dass sich feindselige Einstellungen zumeist nicht nur auf eine Gruppe beschränken, sondern gruppenübergreifend wirken: Sind es heute Migranten, Homosexuelle, Obdachlose und Linke, können zukünftig weitere Gruppen in das Visier der rechtsextremer Parteien geraten und entsprechend abgewertet werden. Es ist fast unmöglich abzuschätzen, wer das nächste Opfer sein wird. Jedes Merkmal einer Person kann zur Ausgrenzung herangezogen werden - vielleicht sind es morgen die Leute mit roten Haaren oder Übergewichtige. Und eines ist gewiss: Wen rechtsextreme Parteien zu ihrem Feind erklären - diese Menschen sind in der Regel schutzlos.



Bock auf Wa(h)l!

Aktiv gegen Rechtsextremismus

Herausgeber:



Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Goethestr. 73 · 19053 Schwerin
Tel.: 0385-760760
I-Net: <http://jugend.inmv.de> · E-mail: ljr@inmv.de
V.i.S.d.P.: Friedhelm Heibroek (Geschäftsführer)

Dieser Flyer wurde gefördert mit Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogrammes CIVITAS.



Und die Argumente der Rechtsextremen?

„Ausländer, Ausländer und noch mehr Kriminalität!“

Die Argumentation rechtsextremer Parteien soll Ängste wecken und den Wunsch, Fremdes und „Unnormales“ auszuschließen, hervorrufen. Dies gilt z.B. für die Behauptung, dass die ausländische Bevölkerung für die „Kriminalitätsexplosion“ (Flugblatt der NPD) verantwortlich sei. Solche Aussagen basieren auf Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik. Hier wird aber nur dargestellt, welche Personen angezeigt wurden - nicht ob diese Personen die Straftat tatsächlich begangen haben. Verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass Migranten zwar häufiger angezeigt werden, tatsächlich aber nicht straffälliger sind als der Rest der Bevölkerung. Entsprechend sind in den Kriminalstatistiken mehr Ausländer als Deutsche aufgeführt. Darin spiegeln sich jedoch eher die Ängste in der deutschen Bevölkerung als die reale kriminelle Bedrohung durch Zuwanderung wider.

Die Behauptung, von der zugewanderten Bevölkerung gehe eine stärkere Kriminalitätsbelastung aus, relativiert sich zudem, wenn man berücksichtigt, dass nicht die ethnische Herkunft, sondern der Einfluss an-

derer Faktoren, wie z.B. Alter, Bildung, Beruf und Einkommen maßgeblich für die Kriminalitätsbelastungsziffern sind.

Schließlich zeigt die alltägliche rechte Gewalt gegen Minderheiten - eine Folge der Angst- und Ungleichheitsideologien - dass der Schutz vor Kriminalität wohl nur für Deutsche gilt, die dem Bild der Rechten entsprechen: Wer davon abweicht darf nach diesem rassistischen Weltbild zum Opfer gemacht werden. Damit läuft die rechte Argumentation, hohe Kriminalitätsraten bekämpfen zu wollen, ins Leere ...

Migranten, eine soziale Belastung?

Parteien wie die NPD oder die sogenannten Republikaner machen immer wieder darauf aufmerksam, dass die in Deutschland lebenden Migranten eine Belastung für das soziale Netz seien und auf „Kosten der Deutschen“ leben, die wirtschaftlichen Entwicklungen des Landes drosseln und die Arbeitslosenquote erhöhen würden. Ist das wirklich so? Vergleichen wir die Summe der von ZuwanderInnen erbrachten Sozialabgaben und Steuern mit der von ihnen in Anspruch genommenen Sozialleistungen, zeigt sich, dass ihre Abgaben überwiegen.

Damit trägt die zugewanderte Bevölkerung zum wirtschaftlichen Wachstum und zum Wohlstand Aller bei.

Zuviele Migranten!

Ein Thema, das immer wieder diskutiert wird, ist der Anteil der in Deutschland lebenden Migranten. Rechtsextreme Parteien sprechen häufig von einer „Ausländerflut“ (Flugblatt NPD) und einer damit verbundenen Bedrohung und „Überfremdungsfahr“. Hier spricht die rechtsextreme Partei die Ängste vieler Menschen an. So vertraten 96% der Wähler, die bei den Landtagswahlen in Sachsen 2004 der NPD ihre Stimme gegeben hatten, die Ansicht, dass von den in Deutschland lebenden Migranten eine solche Gefahr ausgehe. Der Prozentanteil von EinwanderInnen in Sachsen beträgt allerdings nur 2,8%! Umgekehrt zeigt sich in aktuellen Untersuchungen, dass sich Deutsche umso weniger ablehnend gegenüber Migranten äußern, je höher deren Anteil in ihrem Lebensumfeld ist. Denn hier werden freundschaftliche Kontakte zwischen Deutschen und Migranten ermöglicht, was den Abbau von Vorurteilen und negativen Gefühlen in der Bevölkerung fördert. Daran zeigt sich einmal mehr, dass rechtsextreme Parteien die Ängste der Bevölkerung ausnutzen, um ihre Ziele durchzusetzen.

Soziale Gerechtigkeit, die keine ist...

Rechtsextreme Parteien wie die NPD geben vor, sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen - in ihrem völkischen Denken ist damit die Bevorzugung von Deutschen gemeint. Vor allem angesichts hoher Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Krisen zielen rechtsextreme Parteien auf die Ängste der Bevölkerung. Eine wirkliche Lösung, um gesellschaftliche Krisen zu überwinden, besitzen sie jedoch nicht. In ihren Wahlkämpfen hat sich z.B. die NPD vorgeblich für soziale Gerechtigkeit eingesetzt und die Reform „Hartz IV“ als „Armut per Gesetz“ (Flugblatt NPD) betitelt. So auch während des Landtagswahlkampfes 2004 in Sachsen, was schließlich den Einzug in den Landtag brachte. In der Folge wurde das Thema „Hartz IV“ von der NPD nicht mehr angesprochen. In den Fachausschüssen schwieg sie und Anträge wurden nie gestellt. Mittlerweile gesteht die sächsische Fraktion der NPD offen ein, dass die Folgen von „Hartz IV“ „nicht so schlimm geworden“ sind, wie im Wahlkampf propagiert. Das Beispiel zeigt, dass rechtsextreme Parteien ihre Themen nach wahltaktischen Gründen aussuchen und außer der irrigen Forderung nach einem „Deutschland für Deutsche“ nicht viel zu bieten haben.

Ein Fazit

Die Wahl einer rechtsextremen Partei führt zwangsläufig in eine gefährliche Sackgasse. Die Parteien des rechtsextremen Spektrums sind keine Alternative zu demokratischen Parteien, sondern sie fordern eine brutale Gesellschaftsordnung, die auf einer rassistischen Weltsicht fußt. Migranten, Obdachlose, Homosexuelle und andere als schwächer angesehenen Gruppen werden zu Feinden erklärt und entsprechend bekämpft. Frauen sollen sich wieder stärker auf ihre Rolle als Frau und Mutter konzentrieren und damit die errungenen Rechte gegenüber Männern erneut preisgeben. Welche Gruppen zukünftig noch zum Feind rechtsextremer Parteien erklärt werden, ist derzeit noch ungewiss.

Literatur & News

- Butterwegge, Christoph und Meier, Lüder • **Rechtsextremismus** Freiburg 2002
- Hafenecker, Benno u. a. • **Rechte Jugendcliquen in Hessen** Schwalbach/Ts. 2002
- Heitmeyer, Wilhelm • **Deutsche Zustände Folge 1,2,4** Frankfurt/Main: 2002, 2003, 2006.
- Staud, Toralf • **Moderne Nazis - Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD** Köln 2005
- Hessischer Jugendring • **Arbeitshilfe „Gedenk(stätten)arbeit“** Wiesbaden 2003
- Hessischer Jugendring - Fachzeitschrift Hessische Jugend: **Politik und Pädagogik gegen Rechts** Wiesbaden 2001 Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin

Mehr zum Thema Rechtsextremismus findet sich auch unter: www.hessischer-jugendring.de/rechtsextremismus

Hessischer Jugendring e.V., Wiesbaden 2006
Diese Argumentationshilfe wurde für JugendleiterInnen zur Kommunalwahl in Hessen am 26.03.2006 erstellt. Die Textfassung wurde in Zusammenarbeit mit der Universität Bielefeld, Interdisziplinäres Institut für Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) entwickelt.

Sicher ist aber, dass es um Menschen geht, die von ihren „deutschen“ Ansichten abweichen. Damit fordern rechtsextreme Parteien die Aufhebung der Besonderheiten und Verschiedenheiten von Menschen, also die Unterordnung unter das „Deutsche“ und letztendlich das Ende der Demokratie. Das alles sind keine verstaubten Ideen des Nationalsozialismus, sondern die realen Forderungen rechtsextremer Parteien, insbesondere der NPD, nachzulesen in ihren Parteiprogrammen.

Wir in den Jugendverbänden bleiben aktiv gegen Gewalt, Rassismus und Antisemitismus. Jugendverbände sind weltoffen.